

Gesundheits- und Pflegekongress 2023

Fachgespräch 1: (Wie) Schaffen wir es?

Finanz-, personal- und fachpolitische Perspektiven der stationären und ambulanten Langzeitpflege





Ausgangslage?



Sechs Punkte

1. Die Pflegeversicherung in ihrer gegenwärtigen Form stößt finanziell und vielleicht auch hinsichtlich der Ermöglichung anderer Versorgungskonzepte an ihre Grenzen.
 2. Armutsrisiko für Pflegebedürftige steigt.
 3. Personalmangel führt zu stillgelegten Betten in Pflegeeinrichtungen und abgelehnten Aufträgen von ambulanten Diensten, Pflegebedürftige und Angehörige finden keine Angebote mehr.
-



Sechs Punkte

4. Pflegekräfte, Leitungen und MA der Verwaltung sind nach vielen Jahren des Ausnahmezustandes überlastet und hängen genervt den Job an den Nagel. Das gilt übrigens auch für MA von Kranken- und Pflegekassen.
 5. Die umfangreichen Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wirken noch nicht.
 6. Erheblichen Kostensteigerungen seit Mitte 2022 (Mehraufwand Coronapandemie, Tariftreuregelungen, Inflation, Mehrpersonalisierung) ohne ausreichende Refinanzierung.
-



Einzelne Aspekte

- Bereits 2040 könnte es über sechs Millionen Pflegebedürftige geben.
- Gleichzeitig werden dann vermutlich rund 225.000 Stellen in der Pflege unbesetzt sein.
- 72 % der Pflegeheime können Leistungen nicht erbringen (DEVAP, 2023)
- 89 % der Pflegedienste lehnen Neukunden ab (DEVAP, 2023).
- Pflegeheim Atlas Deutschland 2023: Bis 2040 über 1400 zusätzliche Pflegeheime nötig.
- Rd. 80 % der Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit können den Entlastungsbetrag nicht nutzen, weil Angebote fehlen (Sozialverband VdK, 2022).



Einzelne Aspekte

- SPV schreibt 2,5 – 3 Mrd. € Verlust, Ausgleich pandemiebedingter Kosten nicht erfolgt, Steuerzuschuss abgesagt, keine Entlastung durch Auslagerung versicherungsfremder Leistungen. Mehreinnahmen durch Beitragssatzerhöhungen (6,6 Mrd. €) reichen nicht aus, um Defizite zu kompensieren und Leistungsverbesserungen herbeizuführen, durch die die Kostenentwicklung nachhaltig aufgefangen wird.
- Das Armutsrisiko durch die erheblichen Steigerungen bei den Eigenanteilen tragen Pflegebedürftige. Weitere Zuschüsse, Dynamisierung von Leistungen usw. sind offensichtlich nicht ausreichend, um das Problem zu lösen.



Einzelne Aspekte

- Der Personalmangel wird hauptsächlich bestimmt durch kurz- und langfristige Erkrankungen und durch Nichtbesetzung offener Stellen, obwohl die Bezahlung mittlerweile überdurchschnittlich ist.
- Der Dauerzustand von Überbeanspruchung durch herausfordernde Versorgungssituationen, ständigem neuen Regelwerk und administrativen Aufwand einerseits und der Ohnmacht gegenüber der Kleinstaaterei und gefühlter oder tatsächlicher Willkür von diversen Aufsichten, Kostenträgern und Prüfinstitutionen, entlassenden Krankenhäusern und dem zunehmenden Behördenversagen andererseits, hat sie ausgemergelt, weil Unmögliches verlangt wird.



Einzelne Aspekte

- Warum haben die alleine seit dem Jahr 2015 eingeführten Maßnahmenbündel zur Aufwertung der Fachlichkeit von Pflegekräften und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bisher keine durchschlagende Wirkung entfalten?



Einzelne Aspekte

- *Entbürokratisierung der Pflegedokumentation (EinSTEP, 2015)*
- *Einführung neues Pflegeverständnis (2016): Aufwertung und Stärkung der Fachlichkeit*
- *Pflegeberufegesetz (2017)*
- *Fachkraftstellen-Sofortprogramm (2017): 13.000 zusätzlich finanz. Pflegefachkräfte*
- *Konzertierte Aktion Pflege (KAP, 2017)*
- *Hilfskraftstellenprogramm als Vorstufe zur Einführung Personalbemessungsinstrument: 20.000 staatl. anerkannte Pflegehilfskräfte (2021)*
- *Tariforientierung, Aufgabenerweiterungen und Stärkung von Fachkräften, Förderprogramme zur Entlastung von Pflegekräften (2022)*
- *Einführung Personalbemessungsinstrument vollstationär und Springerpools (ab Mitte 2023)*



Einzelne Aspekte

- Die Träger sind genervt von der Fremdbestimmtheit. Dringliche Themen bleiben liegen und der Überblick droht verloren zu gehen. Planungen für die Zukunft sind derzeit kaum möglich.
- Betriebliche Risiken durch die steigenden Kosten tragen die Träger: Wie kann es sein, dass Träger in der öffentlichen Daseinsvorsorge auf ihren Kosten sitzen bleiben und in wirtschaftliche Bedrängnis geraten, wenn keine angemessenen Verhandlungsabschlüsse erzielt werden? Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Vergütungsverhandlungen schützen die Einrichtungen nicht.



Einzelne Aspekte

- Ungeachtet dessen zeigt sich, dass viele aktuelle Pflegeheimpleiten tatsächlich Immobilienpleiten sind.
- Investorengesteuerte Wachstumsmodelle haben in Zeiten einer Zinswende keinen Bestand und sind daher nicht dauerhaft sicher. Wie kann es eigentlich sein, dass Pflegeheimbewohner*innen in einem Bereich der Daseinsvorsorge dem ausgesetzt sind?
- Hat die SPV mit „viel Angebot“ und „niedrige Preise“ statt „auf starke und gesunde Träger“ auf den „falschen Wettbewerbsanreiz“ gesetzt?



Das große Problem ist „Unsicherheit“.

Was wir benötigen ist aber genau das Gegenteil: „Sicherheit“ – und zwar für Pflegebedürftige, Pflegende, Beschäftigte und Pflegeeinrichtungen.



Forderungen des Paritätischen

15.11.2023



1. Was wir von der Politik fordern, ist ein stimmiges Konzept, welches verschiedene Bausteine klug kombiniert.
2. Moratorium: Keine weiteren neuen Regelungen für die Einrichtungen. Das bestehende in Ruhe abarbeiten lassen. Planung von Schwerpunktthemen alle zwei Jahre landes- und bundesweit.
3. Eine gerechte Pflegefinanzierung.
4. Tariftreuegesetz - Auswirkungen auf Praxis ernst nehmen.
5. Widerstände gegen Verbesserungen aufgeben und rechtliche Rahmenbedingungen überprüfen: Vergütungs- und Vertragsverhandlungen etc.



6. Andere Rahmenbedingungen für die Leiharbeit in der Pflege.
7. Die gesamte Agenda der letzten Jahre zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für mehr Personal stringent weiter verfolgen.
8. Daseinsvorsorge: Andere Rolle der Kommunen in der Altenhilfe und Pflege. Vorfahrt Gemeinnützigkeit.
9. Nachhaltige Programme zur Anwerbung von ausländischen Pflegekräften.
10. Über die vermeintlich kleinen Themen sprechen, die für wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Einrichtungen sorgen: Auslastungsquote, Freihaltegebühren, Dauer Höherstufungsprüfungen, etc.



Diskussionsthemen

1. Pflegevollversicherung / Finanzierung / Eigenanteile
2. Personalmangel - warum greifen die zahlreichen Maßnahmen nicht?
3. Unterstützung pflegender Angehöriger & Zusammenspiel mit professioneller Pflege.
Ausgestaltung der Pflege als Teil der Daseinsvorsorge in Zukunft.